

Doppelhaushalt 2024/2025
Haushaltsrede der CDU-Gemeinderatsfraktion

Karlsruhe, 10. Oktober 2023

Detlef Hofmann

Fraktionsvorsitzender

„Priorisierung und Effizienz für Karlsruhe“

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: Eine Veröffentlichung oder Weitergabe an Dritte ist untersagt bis Dienstag, den 10.10.2023, 15:30 Uhr.

Gliederung

1. Einleitung.....	3
2. Gesellschaftliche Entwicklung.....	4
3. Der Blick auf Karlsruhe.....	4
4. Unser Blick auf die Haushaltssicherungsmaßnahmen.....	10
5. Karlsruhe macht Schule.....	13
6. Dank und Schluss.....	14

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte,
sehr geehrte Damen und Herren Anwesende,

in früheren Jahren war es für den Vortragenden oft angenehm, die Haushaltsrede für die eigene Fraktion zu halten. Denn man konnte sich einerseits politisch positionieren und andererseits an die Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Leistungen verteilen. Leider haben sich aber die finanziellen Rahmenbedingungen noch weiter verschlechtert:

Im von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnishaushalt werden wir 2024 voraussichtlich mit -37,9 Millionen Euro und im darauffolgenden Jahr mit -41,3 Millionen Euro abschließen. Besorgniserregend hierbei ist, dass die Haushaltssicherungsmaßnahmen in Höhe von rund 87 Millionen Euro schon eingerechnet wurden, obwohl sie noch nicht einmal vom Gemeinderat beschlossen worden sind. Das prognostizierte negative Gesamtergebnis ist auch kein einmaliger Ausreißer. Seit mehreren Jahren driftet das Verhältnis zwischen Erträgen und Aufwendungen auseinander: Auf struktureller Ebene geben wir seit Jahren mehr aus, als wir einnehmen.

Da hilft auch kein Schönreden oder Wegerklären, dass wir einer unausweichlichen gesamtwirtschaftlichen Situation ausgeliefert sind. Andere Städte machen ihre Hausaufgaben einfach besser: Im Vergleich mit allen baden-württembergischen Gemeinden und Städten liegt Karlsruhe laut statistischem Landesamt mittlerweile auf Platz 12 der höchsten pro-Kopf-Verschuldung: 5.022 Euro pro Karlsruher – Vor der Corona-Pandemie lag Karlsruhe noch auf Platz 33. Wenn wir nicht schnellstmöglich konsequent gegensteuern, wird sich tendenziell auch nichts ändern. Im kommenden Jahr liegen die Kreditverbindlichkeiten bei über einer Milliarde Euro. Vor nicht einmal drei Jahren lag die Verschuldung noch bei nur 272 Millionen Euro. Die Geschwindigkeit nimmt Jahr für Jahr zu und ist schwindelerregend.

Nun kann man sich die Frage stellen: haben wir denn nichts daraus gelernt? Was ist von den letzten Haushaltsberatungen geblieben und war es, realistisch gesehen, überhaupt möglich, eine Kurskorrektur hinzulegen? Kurzer Blick zurück.

2. Gesellschaftliche Entwicklung

Keine drei Monate nach den letzten Haushaltsberatungen hat Wladimir Putin mit seinem durch nichts zu rechtfertigenden Angriff auf die Ukraine die Weltpolitik durcheinandergewirbelt.

Die drohende Not- und Mangellage im Jahr 2022 und die Suche nach alternativen Bezugsquellen für Energie haben sich als große Kostentreiber erwiesen. Verbraucherpreise stiegen. Die Teuerungsrate lag zeitweise so hoch wie zuletzt während der Ölkrise 1973. Zinsen steigen immer noch. Wer es sich heute noch leisten kann, ein Haus zu bauen, muss im Vergleich zur Zeit vor dem Angriffskrieg das Vier- oder Fünffache an Zinsen bezahlen. Unternehmen melden Insolvenz an. Aufträge in der Baubranche, im Handwerk und bei den Zulieferern brechen weg – mit all ihren Konsequenzen für die Stadt Karlsruhe. Wie ein Damoklesschwert hängt über allem noch ein großer Fachkräfte- und Personalmangel, der dazu führt, dass bestehende Aufträge nicht oder nur unter erheblicher Verzögerung erfüllt werden können. Die Menschen können sich immer weniger leisten – im Geldbeutel bleibt immer weniger übrig. Der Konsum geht zurück. Das Leben wird teurer.

All dies sind Entwicklungen, denen wir in Karlsruhe mehr oder weniger tatenlos zuschauen müssen. Mit zusätzlichen Haushaltsanträgen können wir diese gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen mit all ihren Konsequenzen für die Karlsruherinnen und Karlsruher kaum bis gar nicht beeinflussen.

3. Der Blick auf Karlsruhe

Es gibt aber durchaus genügend Bereiche, für die wir selbst verantwortlich sind, da wir in den letzten zwei Haushaltsjahren nicht an den richtigen Stellschrauben gedreht haben. Einige Projekte sind total aus dem Ruder gelaufen: Beispiel Stadthalle. 2014 hat der Gemeinderat 28 Millionen Euro zur brandschutz-technischen Modernisierung bereitgestellt. Ein Jahr später waren es schon 53 Millionen Euro. Heute reden wir über wenigstens 135 Millionen Euro. Das ist eine Preissteigerung von 400 Prozent. Von den jeweiligen Entscheidungen im Gemeinderat nehme ich meine Fraktion auch gar nicht aus – wir haben ja schließlich mitgestimmt. So viel Selbstkritik muss sein. Aber unser JA im Gemeinderat lag oft daran, dass das Kind schon längst in den Brunnen gefallen war oder wie im Falle der Stadthalle auch komplett etwas anders gemacht wurde, als zu Beginn angedacht war.

Es war zu jedem Zeitpunkt und wäre auch heute vollkommen unvernünftig, aus den notwendigen Modernisierungsmaßnahmen der Stadthalle auszusteigen, das gleiche Problem haben wir übrigens beim Staatstheater. Aber jetzt muss Schluss sein mit diesen katastrophalen Fehleinschätzungen seitens der Stadt. Bei derartigen Großvorhaben brauchen wir Stadträte von Beginn an eine klare Kosten- und Planungsübersicht. Kein privater Bauherr lässt erst die Bagger anrücken und beauftragt dann einen Architekten mit der Planung. Das muss künftig noch stringenter für unsere Bauvorhaben gelten, ansonsten explodieren die Kosten immer weiter.

Mein geschätzter ehemaliger Stadtratskollege Dr. Heilgeist hat das chronische Haushalts-Problem schon vor vielen Jahren beschrieben: „Wenn wir im Ergebnishaushalt nicht mit einem Überschuss abschließen, bekommen wir keinen ausgeglichenen Haushalt hin.“ Und das tun wir in den letzten Jahren eben nicht mehr. Und um bei den Worten unserer Ersten Bürgermeisterin zu bleiben: „Karlsruhe hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“

Noch immer haben wir in Karlsruhe zu hohe Standards, vor allem auch bei der Erfüllung derjenigen Aufgaben, zu denen uns der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene verpflichtet. Hier erfüllen wir nicht nur die Pflichtaufgaben, wir übererfüllen sie sogar – zum Beispiel im Bereich ‚Öffentliches Bauen‘. Von 3.800 DIN-Normen im Baubereich sind nur 20 Prozent gesetzlich einzuhalten. Wir leisten uns trotzdem immer noch alle. Meine Fraktion wird nicht müde, dies Jahr für Jahr in Haushaltsreden anzusprechen oder in Initiativen zu betonen. Selbst die Ampel-Regierung in Berlin geht in ihrem 14-Punkte-Plan in diese Richtung.

Es fehlt uns auch immer noch die Gesamtübersicht, die dem Gemeinderat infolge unseres erfolgreichen Haushaltsantrags 2021 vorgelegt werden sollte: welche Pflichtaufgaben hat die Stadt Karlsruhe in welchem Umfang zu erfüllen und wo liegen wir drüber? Was ist gesetzlich vorgeschrieben und was genügt zur Mindest Erfüllung?

Gerade beim Bauen kommunaler Gebäude sehen wir großen Optimierungsbedarf, und zwar ohne große Abstriche bei den Themen Barrierefreiheit, Sicherheit und Umweltauflagen zu machen. Wir denken hierbei an modulare Bauweisen, Typengenehmigungen, Low-Tech-Ansätze usw. Wir haben auch einen Feldversuch beantragt, in dem die vereinfachte Bauweise beispielsweise zusammen mit der Volkswohnung und dem KIT erprobt werden könnte. Oder warum soll nicht auch mal ein privater Investor einspringen, um ein denkmalgeschütztes Gebäude wieder zu sanieren?

Viel zu oft machen wir den zweiten Schritt vor dem ersten. Angesichts der Haushaltslage müssen wir uns schleunigst davon verabschieden, heute schon die Planungen für das Überübermorgen anzustellen, ohne die Bedarfe zu kennen. Zuerst müssen unsere aktuellen Hausaufgaben erledigt werden und dazu müssen wir klar und deutlich priorisieren.

In anderen Bereichen wurden der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat Steine in den Weg gelegt. Trotz einstimmigem Beschluss und bestem Willen der Stadtverwaltung mussten wir bei der Grundschule am Wasserturm aufgrund der Anordnung des Regierungspräsidiums 2010 von der ursprünglichen Planung abweichen und den Schulhausbau kleiner auszuführen – mit dem Ergebnis, dass wir in der Südstadt-Ost zwar ein architektonisch hochwertiges Schulgebäude haben, in dem heute aber Fluchtwege durch Schulbänke zugestellt werden oder in dem die Schüler ihr Mittagessen im Stehen einnehmen müssen, weil einfach nicht genug Platz da ist. Zusammen mit anderen Fraktionen haben wir eine Containerlösung beantragt, die für eine sofortige Abhilfe sorgen sollte. Obwohl jedoch die angefragten Container am Wildparkstadion seit Monaten leer stehen, war es nicht möglich, sie rechtzeitig zu Schulbeginn neben der Schule aufzustellen und herzurichten. Wir dürfen aber die Augen nicht davor verschließen, dass wir bei der Grundschule am Wasserturm nur an den Symptomen herumdoktern. Kinder und ihre Eltern benötigen und erwarten aber von uns Verlässlichkeit. Daher wollen wir sie uns ihre Bedürfnisse in diesem Haushalt besonders hervorheben.

Noch immer, und das kann man aus dem Haushaltsentwurf herauslesen, leisten wir uns in Karlsruhe den Luxus, auf Priorisierung effizienter Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes zu verzichten. Mit dem Kopf durch die Wand machen wir alles, auf dem das Etikett ‚Klimaschutz‘ steht, ganz egal, was es am Ende für das Klima bringt. Trotz auferlegtem Sparzwang in sämtlichen Bereichen legen wir hier noch einmal kräftig drauf: in diesem Doppelhaushalt stellen wir 80 Millionen Euro zur Verfügung – wenn diese Mittel zielorientiert abgearbeitet werden würden, wäre dies für uns in Ordnung. Doch 2021 haben wir 12 Millionen Euro nicht abgearbeitet und in den letzten Doppelhaushalt übertragen. Dieses Mal übertragen wir fast 23 Millionen Euro in die Haushaltsjahre 2024 und 2025, weil die Umsetzung ausgeblieben ist. Viel Geld mag ja viel helfen. Aber bei der hohen Summe der jährlichen Überträge muss man sich schon fragen, wie effizient wir in der Umsetzung eigentlich sind: Wir haben uns mit dem Klimaschutzkonzept große Ziele gesetzt, doch auf dem Weg dahin verzetteln wir uns oft im Klein-Klein. Seit Jahren fordert die CDU-Fraktion ein Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Priorisierung von CO₂-Vermeidungskosten.

Das heißt aber nicht, dass wir im Bereich des Klimaschutzes Mittel kürzen wollen, denn wir erkennen die Notwendigkeit zum Handeln ganz klar an. Nicht umsonst haben wir im laufenden Haushalt viele Initiativen unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz beantragt. Aber wir zweifeln an der Wirkung unterschiedlichster Maßnahmen: welchen Nutzen für das Klima haben z.B. dystopische Endzeitlektionen bei den „Kunstwochen für Klima und Umwelt“ und wieso muss der Bau des Lebensmittelmarkts in Grünwettersbach immer wieder verschoben werden, nur weil man sich nicht einigt, ob das Dach nun mit Photovoltaik ausgestattet oder vollständig begrünt werden soll. Hier müssen wir dringend viel effizienter und aufgrund der Haushaltslage umso schneller werden. Wir fordern deshalb, diejenigen Maßnahmen zu priorisieren und zuerst anzugehen, die den größtmöglichen Effekt zur Einsparung von Treibhausgasen haben. Damit sind wir übrigens nicht allein: Unterstützung erhalten wir hierbei vom baden-württembergischen Umweltministerium, von der Landes-Energieagentur oder auch vom Deutschen Städtetag.

In anderen Bereichen sind wir als Stadt Karlsruhe bereits effizient, aber werden gleichzeitig von Land und Bund ausgebremst: zum Beispiel bei der Akquise von Fördermitteln. Es kann einfach nicht sein, dass uns wie im zurückliegenden Frühjahr Fördermittel für den Glasfaserausbau in Höhe von rund 40 Millionen Euro verloren gehen: Und zwar nur, weil das Förderfenster seitens der Bundesregierung einfach geschlossen wird, während bundesweite Serverprobleme eine rechtzeitige Einreichung unseres Antrags verhindern. Hier wurde unsere Stadt im Regen stehen gelassen – Das ist kein Fairplay seitens der Ampelregierung in Berlin.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, im Namen der CDU-Fraktion möchte ich Ihnen noch sehr herzlich zur Präsidentschaft des baden-württembergischen Städtetags gratulieren. Sie sind jetzt zwar häufiger unterwegs, aber dadurch können Sie Karlsruhe eine noch viel stärkere Stimme verleihen. Daher möchten wir unsere Glückwünsche auch mit der dringenden Bitte verbinden, Ihren neugewonnenen, noch größeren Einfluss zu nutzen, um Bund und Land immer wieder auch an ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Kommunen zu erinnern. Hierbei denken wir an das 49-Euro-Ticket, das Städtische Klinikum, den Anspruch auf Ganztagesbetreuung oder an unseren Gemeinderatsantrag, die Finanzierung von Frauenhäusern zur Pflichtaufgabe zu erklären. Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Als CDU-Fraktion setzen wir ganz klar auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Ein Stück weit geht es hier auch um Glaubwürdigkeit, Folgerichtigkeit und Nachvollziehbarkeit unseres Handelns. In Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, zitieren Sie sich selbst und nehmen Bezug auf Ihre Worte aus dem Jahr 2021: Es sei richtig, alles „auf das noch Mögliche oberhalb des absolut Nötigen

zu beschränken“. Hier ist die CDU-Fraktion ganz auf Ihrer Linie. Danke für die klaren Worte. Allerdings ist es dann nur konsequent, wenn diese Worte auch strikt befolgt werden.

Doch erst in der Septembersitzung des Gemeinderats wurde die Verlegung der Haltestelle am Europaplatz mit all ihren Konsequenzen angegangen – ob Fußgängerzone oder verkehrsberuhigter Bereich in der Karlstraße –, ohne dass wir die genaue Planung und auch nicht die genauen Kosten kennen. Jetzt wird munter geplant und, wenn dann feststeht, was es kostet, haben wir den Salat und können nicht mehr zurück: Stadthalle und Staatstheater lassen grüßen. Obwohl die umliegenden Bürgervereine und der Handel diese Maßnahme ablehnen, soll sie nun umgesetzt werden, um eine weitere Süd-Nord-Verbindung für den Autoverkehr dicht zu machen. Gleichzeitig geschah der Beschluss im Angesicht der leeren Stadtkassen. Meine Fraktion hätte sich an dieser Stelle kreativere Lösungsvorschläge durch die Stadtverwaltung gewünscht, um einerseits mehr Aufenthaltsqualität zu bekommen, aber andererseits auch eine vernünftige Erreichbarkeit auch mit den Autos für den Handel zu erhalten.

Ein weiteres Beispiel: Wieso halten wir in Zeiten des Fachkräftemangels an einer sozialen Erhaltungssatzung in der Südstadt fest? Unserer Ansicht nach wäre der damit verbundene Bürokratie-, Personal- und Kostenaufwand in anderen städtischen Bereichen deutlich besser aufgehoben, z. B. in Kitas, beim KOD oder im Stadtplanungsamt, um längst ausstehende Bebauungsplanverfahren weiterzuführen. Stattdessen wird dort das Personal eingesetzt, um von den betroffenen Anwohnern aufwändige Genehmigungen zum Austausch des Teppichbodens oder der ebenerdigen Duschwanne abzurufen. Von Beginn an haben wir als CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass die Erhaltungssatzung das falsche Instrument ist, um einen unverhältnismäßigen Anstieg der Mieten in der Südstadt zu verhindern. Dies hat eigentlich auch die Stadtverwaltung mit Zähneknirschen erkannt. Trotzdem hält die Mehrheit weiter an der Satzung fest. Meine Fraktion wird die Aufhebung der Erhaltungssatzung beantragen und prüfen lassen, wie sich der Personalbedarf mit sechsstelliger Finanzauswirkung in andere Bereiche der Stadtverwaltung eingliedern lässt, die chronisch unterbesetzt sind.

Auf der einen Seite leisten wir uns Pläne und Personal zur Umgestaltung der westlichen Kriegsstraße oder zur Realisierung einer echten Fahrradstraße in der Sophienstraße und auf der anderen Seite verkünden wir existenzgefährdende Einsparungen im Kulturbereich. In der westlichen Kriegsstraße sollen Bewohnerparkplätze alternativlos gestrichen werden, gleichzeitig sollen die Inhaber von Parkausweisen künftig nicht 180 Euro, sondern noch einmal doppelt so viel, also 360 Euro, hinblättern, ohne einen gesicherten Parkplatz zu haben. Und so etwas sollen Bürgerinnen und Bürger verstehen, bzw. wo nehmen wir sie da

mit bei unseren Entscheidungen? Einerseits erhöhen wir die Hundesteuer und andererseits sollen wir bei den Haushaltsberatungen jetzt 50 Prozent der Mittel für Hundekotbeutel einsparen.

Service- und Leistungsabbau auf der einen Seite und immer höhere Gebühren auf der anderen Seite, während wir neue Investitionen anstoßen und noch nicht einmal wissen, woher wir das Geld dazu nehmen sollen. All das können die Karlsruherinnen und Karlsruher nicht mehr nachvollziehen. Ein weiteres Beispiel dafür war die Abstimmung über die Abschaffung der roten Wertstofftonne. Diese Fehlentscheidung konnten wir im Gemeinderat noch vor den Haushaltsberatungen zum Glück abwenden – denn sie hätte vor allem eines bedeutet: Serviceabbau und Mehraufwand für die Karlsruher. Unser Ausgabenproblem können wir aber nicht den Bürgerinnen und Bürgern aufbürden. Mit der CDU-Fraktion wird es auch keine weiteren Steuererhöhungen geben. Ansonsten wenden sich in der Folge immer mehr Menschen ab oder wählen extreme Gruppierungen, die uns hier im Gemeinderat weißmachen wollen, dass sich all unsere Probleme lösen lassen, indem wir Ausländer abschieben, soziale Förderprogramme einstellen, alle Mittel aus dem Klimaschutzkonzept zusammenstreichen oder auf der anderen Seite Wohnungseigentümer enteignen sollen. Dies kann und darf niemals für uns eine Alternative sein. Wir müssen aufhören, uns gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben, wir müssen vielmehr in unseren Entscheidungen deutlich besser werden und sie den Menschen transparent und verständlich überbringen.

Nur so können wir als Gemeinderat durch konsequentes Handeln zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Wahrung des sozialen Friedens in Karlsruhe beitragen. Dazu möchte ich Sie wieder herzlich einladen: im Vorfeld der letzten Haushaltsberatungen habe ich mich sehr über die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen und Ihnen, Herrn Oberbürgermeister, gefreut. Das würde ich mir für die anstehenden Beratungen wieder wünschen. Als CDU-Fraktion sind wir 2021 bis an die Grenze des Belastbaren gegangen und mussten den Haushalt erst in letzter Konsequenz ablehnen, weil die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer für uns unverhandelbar war. Bei den anstehenden Beratungen wollen wir Ihnen allen erneut die Hand zur konstruktiven Mitarbeit reichen. Dazu ist die CDU-Fraktion immer bereit.

4. Unser Blick auf die Haushaltssicherungsmaßnahmen

Damit Sie sich vorab einen Eindruck verschaffen können, mit welchen Vorstellungen die CDU-Fraktion in diese Haushaltsberatung gehen wird, stelle ich Ihnen gerne einige Eckpunkte vor.

Zunächst möchte ich einen Dank an das Team der Haushaltssicherung, an die Stadtkämmerei und die Erste Bürgermeisterin aussprechen. Vielen Dank für das Erstellen des Haushaltsplanentwurfs aber vor allem auch für die Übersicht über die fast 300 Haushaltssicherungsmaßnahmen, denn genau das ist es, was meine Fraktion bei den letzten Haushaltsberatungen beantragt hat. So können wir im Gemeinderat die leider notwendigen Entscheidungen fällen, um das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt zumindest ein bisschen zu stopfen – selbst wenn es uns schwerfällt, ein Gesamtpaket von rund 87 Millionen Euro zu schnüren. Eines muss uns aber dabei klar sein: Ohne eine starke Wirtschaft wird es keine Steuermehreinnahmen und keine Verbesserungen im Ergebnishaushalt geben. Das würde bedeuten, dass dadurch kein Handlungsspielraum für zusätzliche Leistungen für unsere Bürgerschaft zu erwarten ist. In diesem Zusammenhang möchte ich auch zum wiederholten Male auf das Thema der fehlenden Gewerbeflächen hinweisen. Wir haben kaum noch Grundstücke und die vom Land angestrebte „Netto Null“ beim Flächenverbrauch, bedeutet absoluter Stillstand. Dies heißt dann aber auch: keine Flächen für Schulen, Kindergärten, oder den dringend benötigten Wohnungsbau. Die Aufkaufstrategie der Stadt der letzten Jahre, durch die Ausübung von Vorkaufsrechten konnte diesen Mangel nur kaum bis gar nicht kompensieren. Die CDU-Fraktion sieht insbesondere in der Stärkung der Wirtschaft sowie in der Ausweisung neuer Gewerbegebiete eine große Chance Steuermehreinnahmen zu generieren, um den Ergebnishaushalt weiter zu verbessern. Dies verbinden wir auch mit einem klaren Bekenntnis zum unverzichtbaren Handwerk in unserer Stadt. Wer sich so ein ambitioniertes Investitionsprogramm vornimmt, der muss auf ein starkes Handwerk bauen und braucht entsprechendes Fachpersonal. Wir werden daher die Pläne für ein Gründerzentrum für das Handwerk mit Nachdruck weiterverfolgen.

Den überwiegenden Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen können wir mittragen. Ein besonderer Dank gilt daher auch den einzelnen Dezernaten und Amtsbereichen, die die unterschiedlichsten Einspar- und Ergebnisverbesserungsvorschläge ausgearbeitet haben.

Keinen Änderungsbedarf sehen wir bei den Budgetoptimierungen. Mittel, die in der Vergangenheit nicht gebraucht und nicht abgerufen wurden, können und müssen eingespart werden. Diesbezüglich hätten

wir uns lediglich gewünscht, dass eine derart konzentrierte Aufgabenkritik schon bei den vergangenen Haushaltsberatungen vollzogen worden wäre.

Abgesehen von ausbleibenden Nachbesetzungen oder Altersaustritten mussten erfreulicherweise keine Einsparungen im Personalbereich über Entlassungen vorgeschlagen werden, dies war auch immer eine Grundforderung von uns. Trotzdem, und das dürfen wir nicht vergessen, bleiben viele Stellen unbesetzt. Wir müssen uns daher fragen, welche Aufgaben eine funktionierende Verwaltung zukünftig noch stemmen kann und muss, oder von welchen Aufgaben wir uns trennen müssen, da sie z.B. auch von Privaten geleistet werden können?

Deutlich schneller müssen wir definitiv im Bereich der Digitalisierung werden (Stichwort E-Akte oder bei Bürgerdiensten): Welche Risiken und Nebenwirkungen wird KI auf den Verwaltungsalltag haben? Hier müssen bereits jetzt die Weichen gestellt werden.

Eine weitere Haushaltssicherung, die wir gerne mittragen, ist die Gewinnabführung von Beteiligungsgesellschaften an den Mutterkonzern. Genau das haben wir schon bei den letzten Beratungen beantragt und uns bei der Abstimmung damals so manches blaues Auge eingefangen. Jetzt schlägt sogar die Stadtverwaltung eine verträgliche Gewinnabführung vor und macht damit deutlich, dass es sich um ein opportunes Vorgehen handelt. Die Volkswohnung hat den Rücklagen seit 2021 mehr als 23,2 Millionen Euro Gewinn zugeführt, sodass sich die Gewinnrücklage nun auf insgesamt 204,7 Millionen Euro beläuft. Nun lautet der Vorschlag der Stadtverwaltung, 3,5 Millionen Euro davon zum Ausgleich des defizitären Haushalts abzuführen. Unserer Ansicht nach ist dies angesichts der hohen Gewinnrücklage zu wenig. Daher runden wir auf 5,0 Millionen Euro auf, um eine Gegenfinanzierung für die Maßnahmen zu haben, die wir aus der Haushaltssicherung rausnehmen wollen.

Erheblichen Spielraum zur Ergebnisverbesserung sehen wir auch bei Planungswettbewerben und bei „Kunst am Bau“, für die die Stadt Karlsruhe Jahr für Jahr hohe sechsstelligen Beträge bereitstellt. Insbesondere bei Zweckbauten sehen wir hier Handlungsbedarf – gerade bei Schulen und Kitas denken wir, dass „Kunst am Bau“ genauso spannend von motivierten Schülerinnen und Schülern umgesetzt werden kann. Sowohl Planungswettbewerbe als auch „Kunst am Bau“ wollen wir für alle Schul- und Kitabauten daher als Einsparprojekt für die Dauer eines Doppelhaushaltes aussetzen. Die dadurch freiwerdenden Mittel müssen dafür da sein, um zusätzliche Schulsanierungen schneller umsetzen zu können.

Um die Karlsruherinnen und Karlsruher nicht zusätzlich zu belasten, wollen wir, dass Kinder im Alter von vier Jahren auch in Zukunft keinen Eintritt im Zoo zahlen müssen.

Genauso sollen auch die Eintrittspreise in die Karlsruher Schwimmbäder maximal einmalig, aber nicht jährlich erhöht werden. Wie schon erwähnt, sprechen wir uns dafür aus, auf die vollkommen überzogene Verdoppelung der Bewohnerparkausweisgebühren zu verzichten. Außerdem wollen wir den Medienbus für die Karlsruher Stadtteile ohne Bibliotheksangebot erhalten.

Die Wildtiergehege erfreuen, Kinder, Familien und Touristen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Naherholung in Karlsruhe. Daher beantragen wir die Rücknahme dieser Haushaltssicherungsmaßnahme. Wie bereits aufgezählt, wollen wir auch den Einsparvorschlag bei den Hundekottüten zurücknehmen, da wir erst kürzlich die Hundesteuer moderat angehoben haben. Mit der CDU wird es auch dieses Jahr keine Einsparungen im Bereich unserer städtischen Weihnachtsbäume geben. Außerdem beantragen wir, dass die zehnpromzentige Zuschusskürzung bei den Karlsruher Bürgervereinen zurückgenommen wird. Wir können es uns nicht leisten, das Ehrenamt zu beschneiden, da die Bürgervereine unser wichtigstes Sprachrohr für Bürgerinteressen sind.

Wir verstehen auch, dass unsere vielfältige Kulturlandschaft infolge der Corona-Pandemie und der hohen Inflation immer noch stark zu kämpfen hat. Deshalb wollen wir die Akteure nicht noch zusätzlich belasten, indem wir ihre Zuschüsse um 1,5% kürzen. Per Antrag werden wir die Zuschusskürzung zurücknehmen. Als CDU-Fraktion ist uns aber auch klar, dass aufgrund der aktuellen Haushaltssituation keine Zuschusserhöhungen von 10 Prozent plus X drin sind, wie sie der Kulturring fordert.

Für uns gilt: Leistung muss belohnt und darf nicht bestraft werden. Das Kammertheater ist zusammen mit den anderen Kulturbühnen und Theatern in Karlsruhe ein Beispiel unserer tollen Kulturlandschaft. Daher darf das Kammertheater auch nicht anders oder sogar schlechter gestellt werden.

Da wir beim Theaterhaus für das Sandkorn, das Jakobustheater und die Marotte seit Jahren immer noch auf eine Antwort der Verwaltung auf die strukturell baulichen Problemen warten, müssen wir auch hier unterstützen.

Auch werden wir punktuell Entlastungen im Sozialbereich fordern. Diese Dinge sind für uns wichtig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den sozialen Frieden in unserer schönen Stadt aktiv zu fördern.

5. Karlsruhe macht Schule

Unser wichtigstes Anliegen geht jedoch über diesen Haushalt hinaus. Weil wir überhaupt keinen Gestaltungsspielraum haben, müssen wir die wenigen Mittel priorisiert, effizient und zukunftsorientiert einsetzen. Im Haushalt für die kommenden zwei Jahre wollen wir daher noch stärker als dieses Mal den Schwerpunkt auf die Themen Kitas, Schulen und Bildung legen.

Als erstes werden wir beantragen, dass sämtliche Bau- und Sanierungsvorhaben auf der Tränenliste, die sich dem Bereich Bildung zuordnen lassen, für den nächsten DHH kostenkontrolliert geplant werden, also so weit vorbereitet werden, dass sie so schnell wie möglich angestoßen werden können. Der Zeithorizont muss dieser Doppelhaushalt sein.

Ein Kernprojekt auf der Tränenliste ist das Sonderprogramm „Zukunft Schule“, das wir beschleunigen wollen, allerdings nicht wie angedacht für über 75 Millionen. Es handelt sich um ein zweckmäßiges, multifunktionales Ersatz-Schulgebäude in der Nordstadt, das allen Schulen zur Verfügung stehen soll, die ihre eigenen Räumlichkeiten aufgrund von Bau- und Sanierungsarbeiten nicht nutzen können, damit diese schneller und günstiger durchgeführt werden können. Eine solche Schule in Modulbauweise spart im Nachhinein nicht nur Kosten, sondern ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, auch während der Sanierungen in Ruhe dem Unterricht zu folgen.

Bei den bestehenden Schulgebäuden ist uns wichtig, dass die Bauunterhaltungsmaßnahmen weitergehen. Für alle städtischen Gebäude sieht die Stadtverwaltung hier ein Einsparpotential von 8,1 Millionen Euro. Diesen Einsparvorschlag tragen wir nur unter der Bedingung mit, dass Schulen und Kitas davon ausgenommen werden. Wir können uns nicht leisten, dass hier der Putz von der Decke fällt oder dass Schultoiletten noch weiter vergammeln.

Wie bereits mehrfach erwähnt, müssen wir bei der Digitalisierung weiter Gas geben und nicht noch weiter den Anschluss verpassen. Aus diesem Grund lehnen wir den Vorschlag zur Einsparung von Glasfaser-Anschlüssen in Schulen natürlich ab.

Zwei Beispiele, bei denen das Kostenkontrollverfahren schon abgeschlossen ist, die aber nicht in das Investitionsprogramm der Stadt für den jetzigen Doppelhaushalt aufgenommen wurden, sind das Kinder- und Jugendhaus Südstadt und die Eichelgartensporthalle. Beide Vorhaben sind unserer Ansicht nach un-aufschiebbar und werden daher schon in diesem Haushalt von uns beantragt.

Gelder dürfen auch nicht im Bereich der Horte eingespart werden. Die vorgeschlagene Haushaltssicherungsmaßnahme wollen wir zurücknehmen, da unserer Ansicht nach eine eindeutige Wahlfreiheit bei der Betreuung der Kinder für die Eltern gewährleistet sein muss. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns unverhandelbar. Neben dem Fokus auf Schulen muss daher auch ganz klar eine Priorisierung der Bau- und Sanierungsvorhaben im Kita-Bereich erfolgen. Wir können uns nicht leisten, dass wir Familien hier im Regen stehen lassen.

Eine zweimalige Erhöhung von Schulmittagessen ist unverhältnismäßig und trifft wieder die falschen. Die erste Erhöhung um 50 Cent pro Mittagessen tragen wir mit – aber es kann nicht sein, dass die Preise ab 1. Januar 2025 noch einmal um 50 Cent angezogen werden sollen. Der Zeitraum zwischen den Erhöhungen ist aus unserer Sicht viel zu kurz.

Bildung betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene. Lebenslanges Lernen ist das Stichwort – daher werden wir uns auch dafür einsetzen, dass die Volkshochschule wieder den bisherigen Mietzuschuss erhält.

6. Dank und Schluss

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt kennen Sie unsere Eckpunkte, mit denen wir in die Haushaltsberatungen gehen werden. Die städtischen Einnahmen decken seit vielen Jahren nicht mehr die Ausgaben. Das liegt daran, dass die Stadt einerseits immer mehr Aufgaben aufgehalst bekommt, andererseits daran, dass sie aber auch neue Aufgaben beginnt oder zum Teil auch auf Goldstandard-Niveau wahrnimmt. Diese Mehrkosten wollen und werden wir als CDU-Fraktion den Karlsruherinnen und Karlsruhern gerade in diesen Zeiten nicht zusätzlich aufdrücken. Die Weichenstellungen bei der Haushaltssicherung müssen

an anderer Stelle erfolgen. Durch gut überlegte Priorisierung und ein Höchstmaß an Effizienz in allen Bereichen müssen wir Freiräume schaffen. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Mittel, insbesondere durch eine starke Wirtschaftskraft, wollen wir als oberste Priorität einsetzen, um vor allem bei Schulen und Kitas voranzukommen. Wir wollen die Menschen in unseren Entscheidungen transparent mitnehmen und laden Sie daher herzlich ein, mit uns die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir freuen uns auf die Haushaltsberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Detlef Hofmann
Fraktionsvorsitzender